

AUGE/UG in der AK-Wien 2017/2018



Als AUGE/UG-Wien haben wir in der Wiener Arbeiterkammer 14 Mandate (von 180) und in der Bundesarbeitskammer einen Sitz. Jährlich finden zwei ganztägige Vollversammlungen der AK-Wien – also Tagungen des Wiener ArbeitnehmerInnenparlaments – statt. Generell kann festgestellt werden, dass die AUGE/UG-VertreterInnen sich überproportional häufig und ausgesprochen kompetent zu Wort melden und sich in die Diskussion einbringen – oftmals mit wenig Rückmeldung auf unsere Kritik durch die Mehrheitsfraktion FSG.

In unserer AK-Arbeit begleiten uns einerseits die tagesaktuellen, andererseits unsere inhaltlichen Schwerpunktthemen.



So verfolgten wir den Themenbereich „**Arbeitszeitverkürzung, 30-Stunden-Woche, Arbeitszeitflexibilisierung**“ weiter – mit zunehmendem Fokus, den Abwehrkampf der ArbeitnehmerInnenvertretung gegen 12-Stunden-Arbeitstag und 60-Stunden-Arbeitswoche mit der progressiven und proaktiven Forderung nach einer 30-Stunden-Woche zu erweitern.

Die Kürzungen beim AMS und die Ankündigung einer „Arbeitslosenversicherung neu“ in Anlehnung an das **Hartz IV-Modell** Deutschlands haben unseren Bemühungen um eine verbesserte, von Sanktionen befreite, Absicherung in der Arbeitslosigkeit neue Dringlichkeit verliehen – selbstverständlich haben wir auch dieses Thema in unserer AK-Arbeit weitergeführt. Unter anderem durch eine sichtbare Protestaktion gegenüber der zuständigen Ministerin Hartinger-Klein, die anlässlich der Angelobung der neuen Präsidentin die Vollversammlung der AK-Wien beehrte. Diese Bilder waren auch im ZiB-Bericht unübersehbar.



Neue Dringlichkeit haben auch unsere langjährigen Initiativen für eine **besseren Grundsicherung**, die ein menschenwürdiges Leben erlaubt, durch die Ankündigung und mittlerweile Vorlage eines neuen **Sozialhilfegesetzes** bekommen, das sogar eine gänzliche Abkehr von der Mindestsicherung bedeutet.

Nach wie vor schwierig ist es, für Themen der **Ökologie** die entsprechenden Mehrheiten zu bekommen. So blieben wir zwar bei der Forderung nach Alternativen zur Lobau-Autobahn unterlegen, bei den Themen Klimaziele und Klimastrategie gibt es immerhin Bewegung bei der Mehrheit – bis hin zu einem eigenen, überraschend guten FSG-Antrag zur aktiven Gestaltung des Übergangs zu einer Wirtschaft ohne fossile Energieträger.

Nachdem sich die Einschränkung der Grundrechte durch die Aktivitäten der Bundesregierung nicht mehr ausschliesslich auf „Randgruppen“ bezieht, haben auch unsere **Menschenrechts- und Demokratie-Initiativen** eine neue Zustimmung in der Vollversammlung bekommen. So bekamen nicht nur die Ablehnung der Einschränkung der ArbeitnehmerInnen- und Studierendenvertretung

eine Mehrheit, auch der Verschärfung des Versammlungsrechts durch Verlängerung der Anmeldefrist und Schaffung von Verbotszonen im Umfeld von Kundgebungen wurde auf unsere Initiative durch die AK-Vollversammlung eine Absage erteilt. Bei der vergangenen Vollversammlung hat die FSG sogar darum gebeten, den AUGE/UG-Antrag zur Liberalen Demokratie gemeinsam mit uns einbringen zu dürfen. Darin wird u.a. das Recht des und der Einzelnen auf Schutz vor gesellschaftlicher, sozialer oder politischer Ausgrenzung, der Abbau von Ausgrenzungs-Regelungen aus dem gesellschaftlichen und politischen Prozess und die Ausweitung der Teilhabemöglichkeiten durch Ausweitung direktdemokratischer Elemente gefordert – in der Vergangenheit nicht gerade ein Steckenpferd der sozialdemokratischen Mehrheit. Zuletzt gelang sogar mit der Zustimmung zur Forderung nach der **Möglichkeit für Asylwerbende, eine Lehre beginnen, abschließen und danach einen Aufenthaltstitel erlangen** zu können so etwas wie ein Paradigmenwechsel in der AK, die bislang immer bedacht darauf war, den Arbeitsmarkt ja nicht zu weit für Menschen ohne österreichische Staatsbürger*innenschaft zu öffnen.

Einen grossen Erfolg konnten wir – nach langjährigem steten Tropfen - auch bezüglich der **innere Organisation bzw. Erhöhung der Transparenz der AK** erzielen: unsere Forderung nach einer Live-Stream-Übertragung der Vollversammlungen wird nun endlich ab der kommenden Funktionsperiode umgesetzt. Auch werden mittlerweile die angenommenen Anträge aller Fraktionen auf der Homepage sichtbar gemacht. Die Darstellung des Abstimmungsverhaltens und der Positionierungen der einzelnen Fraktionen zu arbeitnehmer*innenpolitischen Themen in der Mitgliederzeitung „AK für Sie“ scheitern leider nach wie vor an der Sozialdemokratischen Mehrheit.



Einstandsgeschenk der AUGE/UG an AK-Präsidentin Anderl

Was beim Direktorswechsel in der AK-Wien noch nicht möglich war, ist nun bei der Nachbesetzung des Präsident*innenfunktion gelungen: Mit Renate Anderl gibt es endlich und erst zum zweiten Mal in der knapp 100-jährigen Geschichte der Arbeiterkammern in Österreich eine **Frau an der Spitze der AK**.

In die Hauptversammlung der **Bundesarbeitskammer (BAK)** ist Fritz Schiller der nunmehr pensionierten Linda Sepulveda nachgefolgt. Er versucht nun seinerseits, die in den Länder-Arbeiterkammern gestellten AUGE/UG-Anträge von bundesweitem Interesse auf die Bundesebene zu heben. Die Beeinflussung der Meinungsfindung ist dort noch ein Stück schwieriger, die Zustimmung zu unseren Anträgen umso wahrscheinlicher, wenn sie in der mit den meisten MandatarInnen vertretenen AK-Wien bereits beschlossen wurden. Die für die AUGE/UG aufgrund der gegebenen Mehrheitsverhältnisse wichtigste Funktion der BAK-Hauptversammlung ist sicherlich, die Plattform zu nützen, AK-VertreterInnen aus allen Bundesländern (noch mal) unsere Positionen argumentativ näher zu bringen. Mitunter auch, sie in ihren Positionen bzw. Versäumnissen zu beschämen – was durchaus manchmal gelingt ...

Bericht: Klaudia Paiha

Alle eingebrachten Anträge und ihre Behandlung können auf der Homepage der AUGE/UG Wien abgerufen werden. (www.auge.or.at)